



Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Vorsteherin Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Herrn Daniel Dubas
Delegierter des Bundesrates für die Agenda
2030 Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Elektronischer Versand an: aemterkonsultationen@are.admin.ch

15.2.2021, Bern

Vernehmlassung Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrter Herr Dubas
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, uns zur geplanten Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030) vernehmen zu lassen.

Die Plattform Agenda 2030 bringt zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Menschenrechte, nachhaltiges Wirtschaften, Gender, Frieden, Wohnen und Arbeiten zusammen. Sie setzt sich dafür ein, dass die Schweiz die Agenda 2030 umsetzt. Wir organisieren den Austausch zwischen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft und tragen zur wirksamen Umsetzung der Agenda und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bei.

Die Plattform Agenda 2030 anerkennt, dass eine Strategie Nachhaltige Entwicklung ein **notwendiges und grundsätzlich sinnvolles Instrument** ist, um die Agenda 2030 in der Schweiz und durch die Schweiz umzusetzen. Wir sehen aber noch dringenden Bedarf für Verbesserungen am vorliegenden Entwurf. Wir bedauern insbesondere, dass der vorliegende Entwurf lediglich bereits beschlossene Zielsetzungen und Massnahmen aufnimmt. Der Bundesrat verpasst es damit, vorausschauend Weichen in eine nachhaltige Zukunft zu stellen.

Die Plattform Agenda 2030 bedauert, dass die **menschenrechtlichen Verpflichtungen** hinter den SDGs nicht anerkannt werden. Die Agenda 2030 selber ist völkerrechtlich nicht verbindlich. Doch sind die SDGs in verschiedenen völkerrechtlich verbindlichen Instrumenten verankert, z.B. den UNO-Menschenrechtspakten, CEDAW, der Biodiversitätskonvention, der Behindertenrechtskonvention der Kinderrechtskonvention, den ILO-Konventionen oder dem Pariser Klima-Übereinkommen. Diese Verbindungen müssen in der SNE ausgewiesen werden, sie stärken die Agenda 2030, die damit für den Bundesrat zu einem verbindlichen Referenzrahmen wird.

Die Plattform Agenda 2030 vermisst Vorschläge für eine **angemessene Finanzierung nachhaltiger Entwicklung**. Der Entwurf der SNE sieht keine zusätzlichen Mittel vor: «Die Bundesstellen stellen die für die Umsetzung der Agenda 2030 notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen im Rahmen ihrer bewilligten Budgets sicher.» Eine Strategie, die keine Mittel zu ihrer Umsetzung

vorweist, ist lediglich ein Katalog an bereits verabschiedeten und gesprochenen Zielen und Massnahmen. Eine Strategie sollte ein in die Zukunft weisendes Dokument sein, das die zu ihrer Umsetzung notwendigen Ressourcen aufweist. Und nicht lediglich rückwärtsgewandt aufzählt, was bereits beschlossen und finanziert wurde.

Insgesamt setzt die Strategie zu stark auf die Annahme, dass informierte und sensibilisierte Konsument*innen sich auch nachhaltig verhalten. Erfahrung zeigt jedoch, dass **Verhaltensänderungen im Gegenteil von klaren Vorgaben begleitet werden müssen**. Nur mit wirksamen Regulierungen wird sich die Wirtschaft und der Finanzplatz tatsächlich als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung erweisen.

Die Strategie ist neu auf eine Laufzeit von 9 Jahren ausgelegt. Über den **Einbezug der Zivilgesellschaft** in der Ausarbeitung der Aktionspläne oder der Länderberichte zuhanden der UNO schweigt sich der Entwurf mehrheitlich aus. Auch ist nicht ersichtlich, wie die Strategie an zukünftige Entwicklungen angepasst werden soll. Der Bundesrat verspricht, nachhaltige Entwicklung partnerschaftlich zu realisieren. Wir erwarten entsprechend, in diesen folgenden Etappen einbezogen zu werden.

In unserer Vernehmlassungsantwort fordern wir:

- a) dass die Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung den Ambitionen der Agenda 2030 entsprechend umformuliert werden;
- b) dass die den SDG zugrundeliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen anerkannt werden;
- c) dass die zur Umsetzung der SNE notwendige Finanzierung gesprochen wird;
- d) dass für die Erarbeitung der Aktionspläne und der Länderberichte partizipative Prozesse gewählt werden, und in einem Zwischenbericht die SNE evaluiert und aktualisiert wird;
- e) dass die Querverbindungen und Wechselwirkungen zwischen einzelnen Politikfeldern gestärkt werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung unserer Vorschläge, die im beiliegenden Antwortformular im Detail ausgeführt sind. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüssen



Pierre Zwahlen
Präsident



Eva Schmassmann
Geschäftsleiterin